

Auer Tageblatt

Bezugspreis: Durch unsere Boten
frei ins Haus monatlich 12.00 Mark.
Bestellungen nehmen die Ausreißer
und für Auswärtige die Postanstalten
an. — Erscheint werktäglich,
Sonn- und Feiertags ausser.
Telegramme: Auerblatt Erzgebirge.

Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigenpreise: Die Abgabepreise
Preisliste für Anzeigen aus Aue und
Umgebung 2.00 Mark, auswärtige
Anzeigen 2.50 Mark, Reklama-Preis-
liste 7.00 Mark. Bei größeren Ab-
schlüssen entsprechender Rabatt.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1008

Nr. 58

Donnerstag, den 9. März 1922

17. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

Aus Brüssel wird gemeldet, daß die belgische Regierung einen neuen Antrag in der Kaiseraburteilungssache am 4. März den alliierten Kabinetten zugestellt habe.

Die Liga für Menschenrechte hat bei Poincaré nochmals beantragt, dem Beispiel von Deutschland und Oesterreich zu folgen und die Veröffentlichung der in den Archiven lagernden Akten über den Ursprung des Krieges zu veranlassen.

Der Sozialdemokratische Parteitag soll in August dieses Jahres stattfinden. Als Ort der Tagung ist Augsburg gewählt.

Die Agence Havas meldet aus New York: Die Vereinigten Staaten haben die Teilnahme an der Konferenz von Genoa abgelehnt.

Die Blutegel.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Besonders abstoßend wirkt in dem System der Verdrängung und der Auspressung der Berliner Verträge durch die feindselige Entente das System, neben den festgesetzten unbilligen Leistungen nun auch noch sonst allerlei aus dem völlig verarmten Zentraluropa herauszuwürgen. Als Fehrenbach noch Reichskanzler war, wies er einmal treffend darauf hin, daß der Entente-militarismus in den besetzten Gebieten einlastet unsere Reparationsfähigkeit aufreißt. Was da ist, wird von vornherein durch Besatzungsarmee und durch die unzähligen Kommissionen absorbiert. Es ist überaus wichtig, daß jetzt in jenem Teile des vormals feindseligen Auslandes, wo die Vernunft noch nicht ganz erstickt ist, sich selber Stimmen gegen diesen Wahnsinn regen. Der Lord Newton hat den Mut gehabt, im britischen Oberhaus den Finger in diese schwärende Wunde zu legen. Seine Aufzählung ist in keiner Weise vollständig; denn er wendet sich nur gegen die Kommissionen der Entente in Mitteleuropa. Weitläufiger Mißbrauch werden durch die Besatzungsarmee verschlungen. Dazu kommt aber noch, daß die Besatzungsgruppen ungezählte Milliardenwerte der deutschen Wirtschaft entweder vernichten oder aber ihre Nutzung in produktiver Weise verhindern. Was an Ackerfläche im Rheingebiet Deutschland zertrampelt wird, das geht in viele tausend Hektar. Inwiefern der Verkehr seinen natürlichen wirtschaftlichen Funktionen durch den unproduktiven Militarismus entzogen wird, darüber gibt es keine Statistik. Wieviel der Gegner requiriert, aufkauft oder an fremden Luxuswaren ins Rheingebiet einschmuggelt, auch davon erzählt keine Statistik. Dennoch wird dadurch Deutschlands Wiedererholungsunfähigkeit auf das Schlimmste vermindert.

Das alles muß man zunächst einmal den Ausführungen des Lord Newton hinzufügen, wenn man ein wirkliches Bild der Blutegelwirtschaft erhalten will, die die Entente mit uns treibt. Überall werden diese Blut-sauger angelegt. Sie wohnen in den besten Hotels, fahren nur Automobil und führen auch sonst ein Leben, das mit der schlimmsten Rot, die in den zentral-europäischen Ländern, von der kleinen Oberhälfte der Schieber abgesehen, herrscht, in schreiendem Gegensatz steht. In welchem Umfange dieser Wahnsinn getrieben wird, das hat mit gerader Plastischer Anschaulichkeit Lord Newton dargelegt. Es gibt Militärmissionen, Marinemissionen, Luftfahrtmissionen, Finanzmissionen, Lebensmittelmissionen, Eisenbahnmissionen usw. usw. Geradezu schlagend ist das Beispiel, das Lord Newton über Wien erzählt. Dort sind in einem Jahre 7 1/2 Millionen Kronen verpulvert worden (wahrscheinlich handelt es sich um Goldkronen), davon hat das arme Oesterreich nur 2 1/2 Millionen Kronen bezahlen können, den Rest mußten die Alliierten aus ihrer eigenen Tasche bezahlen. Am schlimmsten wird Deutschland ausgebeutet. Die Reparationskommission, die aus 171 Personen besteht, kostet monatlich 32 Millionen Mark. Die Kontrollkommission, die überhaupt noch völliger Abdrückung Deutschlands wertig ist, besteht dennoch weiter und umfaßt nicht weniger als 1569 Personen, die 23 1/2 Millionen Mark monatlich verschlingen. Dabei muß Lord Newton selbst zugestehen, daß Deutschland völlig abgerückt hat. Aber es ist die alte Geschichte, ebenso wie die Kriegesgeheimnisse bei uns bestanden sind, ihre Erstzinsberechtigung immer wieder nachzuweisen ebenso wenig wollen die feindseligen Kommissionen freiwillig absteigen. Darum spüren sie vermittelnden Vertragsverdrängungen nach, erfinden sensationelle Nachrichten, überstreifen vereinzelt vorkommende übertriebene Verträge gegen die Entlassungsbestimmungen, nur um ihre

Ueberflüssigkeit nicht offenkundig werden zu lassen. Die Sensationspresse im feindseligen Ausland, die von den ehrlichen Leuten der eigenen Nation verachtet wird, stellt sich jenen Uebertreibungen willfährig zur Verfügung. Aber indem die Regierungen der feindseligen Länder sich durch sie betriegen lassen, werden sie selber zu betrogenen Betrügnern. Was ihre Militärs hier vergebend, geht von unserer Leistungsfähigkeit ab und trifft so die Steuerzahler der eigenen Länder. Das ist freilich für uns, die wir bis zum letzten Quäntchen unserer Leistungsfähigkeit bluten müssen, ein schwacher Trost.

Besonders ungeheuerlich muten die Mitteilungen des Lord Newton auch über Ungarn an. Obwohl dieses Land keinen Ausgange zur See mehr hat und auf der Donau lediglich einige Kontrollschiffen besitzt, hat man dennoch eine Marinekommission nach Ungarn entsenden wollen, die aus vier Admirälen besteht. Die Militärkommission hat in Budapest im ersten halben Jahr 250 Millionen Kronen verschlungen, selbst jetzt kostet sie noch 30 Millionen monatlich. Ein gemeiner englischer Soldat erhält an Wohnung insgesamt in einem Monat, wie der ungarische Premierminister in einem Jahr. Kein Wunder, daß der aufrichtige Lord erklärt, daß der Anblick dieser Kommissionen, die aus dem Bankrott des Volkes gedeihen, ohne der widerlichsten Bilder, die man sich vorstellen könne. Er schlägt vor, daß England endlich den Mut besitzen soll, dieser systematischen Ausbeutung entgegenzutreten. Es liegt Wespene im vornehmenden Falle den Mut haben wird, diesem System entgegenzutreten, darf man nach allen bisherige Erfahrungen billig bezweifeln. Er beugt sich ja immer wieder der Sensationspresse, und zum Teil hat er die Stimmung, in der ein solches System erstickt werden konnte, selber mit erzeugt.

Deutschlands Leistungen.

Bis 31. Dezbr. 1921 etwa 6 1/2 Milliarden Goldmark.

Der Wiedererholungsansatz veröffentlicht eine amtliche Mitteilung, durch die er die bis zum 31. Dezember 1921 von Deutschland erforderten Leistungen bewertet. Die Liste lautet wie folgt:

1. Zahlung in Gold und ausländischen Devisen
a) direkt von Deutschland bis 31. Dezember 1921 geleistete Zahlungen: 1 041 419 000 Goldmark.
b) Einnahme aus anderen Quellen, die für Rechnung Deutschlands erfolgt: 1. Zahlung Dänemarks für die Abtretung eines Teiles von Schleswig-Dänien 65 Millionen Goldmark. 2. Verkauf der zerstörten Kriegsmaterialien 40 060 000 Goldmark. 3. Verschiedenes 657 000 Goldmark.
c) Einnahmen aus der Durchführung der Abgabe von eingeführten deutschen Waren in England (Recovery Act) 36 136 000 Goldmark.
Insgesamt 1 184 171 000 Goldmark.
2. Sachlieferungen (Schätzungsweise)
a) an alliierte und assoziierte Mächte 2 760 250 000 Goldmark.
b) Verkauf an Luxemburg an die Textilfabrik der Vereinigten Staaten usw. 39 092 000 Goldmark.
Insgesamt 2 799 342 000 Goldmark.
Unter I und II sind also insgesamt eingegangen 3 983 514 000 Goldmark.

3. In den abgetretenen Gebieten übernommene Staatsvermögen
nach den gegenwärtigen Schätzungen unter Ausschluß der schleswig-holsteinischen Güter, die unter II) 1. bereits verrechnet sind 2 504 342 000 Goldmark.
Insgesamt 6 487 856 000 Goldmark.

In dieser Aufstellung sind nicht enthalten die von Deutschland zurückverlangten Gegenstände, für die es keinen Anspruch auf Ersatz besitzt, ferner die von Deutschland für die verschiedenen Kommissionen gezahlten Beträge, die ihm nach dem Wortlaut des Friedensvertrages zur Last fallen. Der Gesamtbetrag in Höhe von etwa 6 1/2 Milliarden Goldmark kann für folgende Posten Verwendung finden: 1. Rückzahlung der Vorschüsse zur Erleichterung der Kohlenlieferungen auf Grund des Abkommens von Spaak in Höhe von etwa 300 Millionen Goldmark. 2. Besatzungskosten bis zum 1. Mai 1921, soweit sie durch die Zahlung in Papiermark und in den oben erwähnten Leistungen nicht gedeckt sind. 3. Reparationen.

Die Mitteilung bemerkt ferner, daß die vorläufige Abschätzung der Zahlungen und Leistungen bis zum 1. Mai 1921, die feinerweise eine Gesamtsumme von etwa 7 1/2 Milliarden ergab, die obenstehende Abschätzung bis Ende des Jahres 1921 demnach um ungefähr eine Milliarde übertrifft. Dieser Widerspruch erklärt sich dadurch, daß die vorläufige Abschätzung der Leistungen

bis 1. Mai 1921 folgende Posten umfaßt habe, die in der anderen Abschätzung nicht enthalten seien: Zahlungen Deutschlands für seine Versorgung mit Lebensmittel und Rohstoffen, direkte Leistungen Deutschlands an die Besatzungsarmeen durch Zahlungen in Papiermark, Warenlieferungen und Dienstleistungen, schließlich die Kosten der verschiedenen Kommissionen, die zu Lasten Deutschlands gehen. Dagegen umfasse die Abschätzung bis zum Ende des Jahres 1921 folgende Posten, die in der vorläufigen Abschätzung der Leistungen bis zum 1. Mai nicht enthalten waren: Staatsvermögen in den abgetretenen Gebieten, soweit dessen Wert nicht durch Verzinsungen eingelebt wurde, und die Zahlungen und Lieferungen in natura zwischen dem 1. Mai und dem 31. Dezember 1921 in Höhe von ungefähr 1 400 000 000 Goldmark.

Diese Aufstellung der Reparationskommission ist eine glatte Milchmädchenrechnung. Sie unterschätzt völlig die deutschen Vorleistungen, die durch Ablieferung der deutschen Kriegs- und Handelsflotte, durch den Wert der deutschen Kolonien, durch das liquidierte deutsche Eigentum im Ausland und durch die unermesslichen Werte in den abgetretenen Gebieten dargestellt werden. Es ist die Politik der Unwahrhaftigkeit, die auch hier zutage tritt. Nachdem man uns bis auf die Haut ausgeplündert hat, nachdem man uns alles bis auf unsere Arbeitskraft und unsere wirtschaftlichen Werte weggenommen hat, erklärt man heuchlerisch, daß wir nicht zahlen wollten. Diese unwahrhaftige Politik wird unterläßt, wenn die Reparationskommission in ihren amtlichen Auslassungen solche Unterlassungsünden begeht, wie sie hier vorgekommen sind. Es will uns scheinen, daß die deutsche Regierung die Pflicht hat, solchen Rechenkunststücken einmal amtlich mit allem Nachdruck entgegenzutreten.

Das Steuerkompromiß gesichert.

Mantelgesetz und Zwangsanleihe noch ausständig.

Die Steueransprüche des Reichstages haben ihre umfangreiche Arbeit gestern Mittwoch zum Abschluß gebracht. Die ihnen vorgelegten zahlreichen Steuerentwürfe sind in zwei Lesungen durchberaten worden und können nun an das Plenum gehen. Es fehlt aber noch das Mantelgesetz mit den Bestimmungen über die Zwangsanleihe. Gegenwärtig beschäftigt sich der finanzpolitische Ausschuss des Reichstages mit dieser Materie. Er soll dem Reichsfinanzministerium möglichst bis zum Freitag ein Gutachten erstatten. Am Sonnabend wollen dann die beiden Steueransprüche des Reichstages eine gemeinsame Sitzung abhalten und sich in ihr gleichzeitig mit dem Mantelgesetz und der Zwangsanleihe beschäftigen. Inzwischen werden auch die Fraktionen dazu Stellung nehmen. Die sozialistische Reichstagsfraktion hat die persönlichen und sachlichen Garantien, von deren Gewährung sie bekanntlich ihre Zustimmung im Plenum zum Steuerkompromiß abhängig macht, schon vor einigen Tagen im Einzelnen festgelegt. Sie wird sie voraussichtlich Freitag den übrigen Parteien und dem Reichsfinanzminister wie dem Reichskanzler schriftlich überreichen. Wie man hört, legt man bei der Volkspartei weniger Gewicht auf die persönlichen, als auf die sachlichen Garantien. Sie beziehen sich auf die Verwendung der neuen, durch das Steuerkompromiß dem Reich zur Verfügung gestellten Mittel zur Ordnung seines inneren Haushalts sowie auf die Ausschüttung der Defizitwirtschaft in den Reichsbetrieben aus dem Reichsetat. Es soll sich also um ein Sanierungsprogramm handeln, das von den Kompromißparteiern und von der Reichsregierung gemeinsam anzunehmen und durchzuführen wäre. Da der Wortlaut dieses Sanierungsprogramms noch nicht veröffentlicht ist, haben die Regierungsparteien auch noch keine endgültige Stellung dazu nehmen können. Wahrscheinlich wird die erste Sitzung künftiger Führer der Kompromißparteiern im Laufe des Donnerstag oder Freitag vormittag stattfinden. Von ihrem Verlauf dürfte es abhängen, ob das Steuerkompromiß endgültig als gesichert anzusehen ist oder nicht. Im ersteren Falle könnte das Plenum des Reichstages bereits am Montag nächster Woche die zweite Lesung der Steuerentwürfe beginnen.

Zwei Reden des Reichspräsidenten.

Ebert auf der Leipziger Messe.

Durch zwei Reden, die der Reichspräsident bei seinem Besuch in Leipzig gehalten hat, hat er den im weitesten Kreise unseres Volkes über ihn haftenden Eindruck eines klugen, kenntnisreichen und tatkraftvollen Staatsmannes erneuert und vertieft. Mit denselben klaren Worten, mit denen er bei der Begrüßungsfester